

Bezugspreis: Vierteljährlich 60.- M., monatlich 20.- M. ...

Einzelgenusspreis: Die Jahrgangspolitur Kompartiments ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 18. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vereinbarung über die Reparationen?

London, 18. Januar. (WTB.) Daily Mail berichtet, der Plan zur Herabsetzung der deutschen Wiederherstellungszahlungen ...

Telegrammwechsel Poincaré-Lloyd George.

Paris, 18. Januar. (Havas.) Poincaré hat an die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen Begrüßungstelegramme übersandt ...

Lloyd George sandte folgendes Antworttelegramm. Mit großer Befriedigung haben meine Kollegen und ich Ihre namens der französischen Regierung ...

England gegen Garantie für Polen.

Frankfurt, 18. Januar. (WTB.) Wie der „Frankf. Zeitung“ aus London gemeldet wird, ist es wenig wahrscheinlich, daß Lloyd George dem französischen Drängen nachgibt ...

Diese Meldung findet eine gewisse Bestätigung in dem Wortlaut des Antworttelegramms Lloyd Georges an Poincaré ...

Die alliierten Schulden.

Washington, 18. Januar. (Havas.) Halbamtlich wird mitgeteilt, daß der Gesetzentwurf des Senats über die Konsolidierung der alliierten Schulden bereits die Zustimmung des Präsidenten Harding gefunden hat ...

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Das eidgenössische Arbeitsamt verzeichnet am 31. Dezember 142 937 Arbeitslose ...

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

(WTB.) Wie angekündigt, ist heute vormittag um 11 Uhr der Auswärtige Ausschuh des Reichstages unter seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Stresemann ...

Das Weltproduktionsproblem.

Eine Vereinbarung des Internationalen Arbeitsamts. Genf, 18. Januar. (WTB.) Unter dem Vorsitz des belgischen Arbeitgebervertreeters Carlier eröffnete gestern der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes seine Beratungen ...

Dieser Debatte ging ein Meinungsaustausch über einen Antrag vom Völkerbundrat voraus, der ein Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofes über die Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation in Landarbeiterfragen bezweckte ...

Reparationen und Kohlenausfuhr.

Paris, 18. Januar. (G.E.) Im Verlaufe der Besprechungen der Reparationskommission in Cannes hat diese auch das Programm für die deutschen Kohlenlieferungen in den Monaten Februar, März und April festgelegt ...

Ungarns Proletariat erwacht.

Wien, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Budapest haben drei große Industriewerke, die Waggonfabrik Danubius, die Elektrizitätsfirma Ganz und die Maschinenfabrik Hofer u. Schrank ihre Arbeiter, zusammen gegen 8000, ausgesperrt ...

Geringes Steigen des Dollars.

Infolge des Rückganges der deutschen Mark an der gestrigen New Yorker Börse wurden heute in Berlin im Vormittagsverkehr zwischen den Banken Dollarnoten bereits mit 100 gehandelt ...

Klassenjustiz in Amerika.

Von H. S. Renden, Baltimore.

Bei allen Erörterungen des vor einiger Zeit verübten Attentats auf den amerikanischen Botschafter in Paris, Herrick, wird eine wichtige Tatsache übersehen, nämlich diese: Die Kommunisten Amerikas haben ganz recht, wenn sie behaupten, daß Sacco und Banzetti der elektrische Stuhl droht ...

Der Krieg hat diesem edlen und patriotischen Treiben einen tüchtigen Aufschwung gegeben. Die meisten Amerikaner dürften wohl den Fall D'Veary vergessen haben — aber es gibt amerikanische Iren, die sich seiner sehr wohl erinnern ...

Das war ein Fall aus der Kriegszeit. Im Frieden gab es viele Seitenstücke dazu, besonders seit die hysterische Furcht vor den sogenannten Radikalen ausgekommen war ...

Das geschah vor 5 Jahren. Nun betrachte man die heutige Lage. Da man sie nicht mehr wegen Meinolds verfolgen kann, haben die Hauptzeugen zum größten Teil erstarbt ...

Aber ist Rooney freil? Ist er aus dem Gefängnis entlassen? Nein. Jeder glaubt an die Unschuld dieses Mannes, dessen Hauptankläger öffentlich gestanden haben ...

Der Fall Sacco-Banzetti weicht vom Falle Moonneys in einem wichtigen Punkte ab. Es ist nicht der geringste Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Zeugenaussagen gegen die beiden Männer auf Meineid beruhen ...



Mit anderen Worten: Der gelehrte Richter leistete sich ein Demagogentum vom Richterstuhl aus. Was hatten die französischen Schlachtfelder mit einem gewöhnlichen Ueberfall und Mord in South Braintree, Mass., zu tun — wenn man nicht annahm, daß Radikale, waren sie eines Verbrechens angeklagt, irgend wie anders behandelt werden sollten als andere in einem solchen Fall? Diese Theorie ist jetzt in den Vereinigten Staaten sehr verbreitet. In ihr steckt viel Böses, und das beginnt nun durchzusickern. Die Behauptung der extremeren Radikalen, daß sie oder andere unbeliebte oder einflußlose Leute vor Gericht ihr durch die Verfassung gewährleistetes Recht nicht suchen dürfen, kann nicht überzeugender und berechtiger erhärtet werden. Nichts kann sie mehr in ihrer finsternen Lehre bestärken, daß die einzige Möglichkeit für sie, in Amerika Recht zu bekommen, darin besteht, zur Bombe zu greifen und ihre Unterdrücker in die Luft zu sprengen.

Die Methode, nach der man den Radikalismus behandelt, ist nicht die russische, sondern die frühere englische. Wie allgemein bekannt, waren die englischen Strafgesetze bis in die jüngste Zeit die härteste der ganzen Christenheit. Die Strafen waren erschreckend und wurden ohne Milderung erteilt. Aber — und das ist das Wichtige — sie wurden nach Gerechtigkeit und Ehrlichkeit zugesprochen. Ein Mensch, der aller Freunde ermangelte, wurde von einem englischen Gericht ebenso behandelt wie der reichste Kapitalist im Lande. Die Polizei bemühte sich nicht, Beweismaterial gegen ihn zu sammeln. Die Organe der Strafverfolgung trachteten nicht danach, durch Denunziationen in der Presse höhere Ämter zu erlangen. Kein Richter hielt von seinem Siege aus eine Wahrung gegen den Angeklagten. Und was das Wichtigste ist, der Angeklagte konnte nicht nach allgemeinen Prinzipien in Gefahr seines Lebens oder seiner Freiheit gebracht werden — er mußte eines bestimmten Verbrechens und keines anderen angeklagt sein, und das Gesetz mußte seine Handlungsweise verboten haben, und es mußte auf jeden anwendbar sein. Keiner durfte des Mordes schuldig erklärt werden, weil er ein Atheist, oder des Raubes, weil er ein Anarchist war.

Damals durfte in England ein jeder frei seine Meinung äußern. Man konnte eine jede Idee vertreten, mochte sie der Mehrzahl der Menschen noch so unangenehm sein, wenn man dies auf anständige Weise tat. Einer konnte dies öffentlich tun, und die Polizei gewährte ihm Schutz. Auch dort hat der Krieg in die Lage der Dinge eingegriffen. Die Spionagejagd artete in eine Hege gegen alle Arten von Heren und Ketzern aus. Aber man konnte doch noch in hohem Maße die Vorgänge der alten britischen Methode erkennen. England hat nicht weniger Radikale als irgendein Land in Europa, aber sie werden meistens anständig behandelt, und so sind sie verhältnismäßig harmlos. Man hört ihnen zu und geht seines Weges. Die Polizei heßt sie nicht, überfällt sie nicht, sperrt sie nicht ohne Haftbefehl ein, bringt keine Meißelreden heran, um sie niederzulügen. Vor Gericht werden sie noch Gerechtigkeit finden.

In England wirft man selten mit Bomben. Es gibt keine Entschuldigung dafür. Niemand kann sagen, daß ihm das Recht vorenthalten wird, daß er falsch beschuldigt und wegen seiner Ansichten verfolgt wird. Aber dies könnte wohl mit Recht von vielen in den Vereinigten Staaten behauptet werden, und zwar mit jedem Jahre häufiger — von den Moonens und O'Learys, den J. W. W.'s in Los Angeles und Chicago, den Bergleuten in Bisbee, den Negern in Arkansas, vielen anderen nah und fern. Verfolgt man immer mehr und mehr, den Radikalismus zu unterdrücken — was stets vorgeht — so wird auch die Dynamitgefahr stets näher und näher kommen.

Hat Christus gelebt? Nach Ansicht unserer Judeutschen sicher nicht. Denn der nationalsozialistische „Tag“ behauptet zu Ehren des 18. Januar: „Ein geschichtlicher Held, der nicht national gewesen wäre, hat nie gelebt.“ Daraus ist nur zu folgern, daß die Judeutschen Christus entweder nicht als geschichtlichen Helden anerkennen oder daß sie der Theorie huldigen, die aus Christus einen jüdischen Nationalisten machen will, oder aber jene Theorie gutheißen, nach der Christus nie gelebt hat.

## „Kameradschaft“

Wir sprachen vom Kriege — natürlich nicht aus Begeisterung und in stolzer Erinnerung an Erlebnisse; im Gegenteil: das Thema „Kameradschaft zwischen Offizier und Mann“ war Gegenstand unseres Gespräches; wir waren uns so ziemlich einig, daß auch diese sogenannte „Kameradschaft“ nur ein schönes Wort war, eine Phrase im Arzange all der anderen und ähnlichen. Eine Episode, die jemand aus unserem Kreise erzählte, bekräftigte unsere Meinung noch ganz besonders.

Es war im Winter 1916 gewesen, an der Ostfront. Karl W., Bandsturmann in irgendeinem Infanterie-Regiment, hatte zehn Tage Urlaub hinter sich und sollte Sonnabend nachmittags um 6 Uhr wieder in Stellung vorn im Graben sein. Infolge Zugverspätung hatte er den Anschluss an die Feldbahn, die in den Stappenort führte, verpasst und hatte sich zu Fuß auf den vierzig Kilometer langen Weg gemacht. Unterwegs war es grauenhaftes Wetter geworden: Schnee und Regen wechselten miteinander ab, dann hatten grimmig kalte Winde und wütende Böen eingesetzt. In der Dunkelheit war er vom Wege abgekommen. Endlich, völlig erstarrt, durchnäßt und halb tot vor Ermattung, hatte er Licht gesehen, war darauf zugegangen und zu einem kleinen Gehöft gekommen.

Er stand in der Tür des Hauses, aus dem er zuerst den Lichtschein bemerkt hatte. Von drinnen hörte er Stimmen, lautes Lachen. Wie ihm da das Herz aufging! Beise schlich er im Flur näher, öffnete die nächste Tür und trat ein. Nicht eine niedrige Stube, drüben ein Tisch, darauf eine Bowle, Gläser, rings darum Soldaten — nein: Offiziere, alles in Tabaksqualm gefüllt.

„Guten Abend“, sagte W. und sank auf den nächsten Stuhl. Drüben tickte eine Uhr. Zwei! Was? Sal 2 Uhr! Zehn Stunden unterwegs gewesen!

„Was wollen Sie denn hier?“ schnarrte es ihn nun von drüben, vom Tisch her, an. — „Hä?“ — Keine Antwort. Er war zu matt, zu froh, ihnen zu können. „Stehn Sie mal gefälligst auf! Wissen Sie nicht, daß Sie Haltung anzunehmen haben?“ — W. rührte sich nicht; dann sagte er: „Bezeichnen Sie, Herr Leutnant, ich bin seit vier Uhr unterwegs, bei diesem Wetter, ohne was zu essen.“ — „Ach was! Waschen Sie doch keine Rententens! Wo wollen Sie denn hin? Was, nach D.? Mensch, das liegt ja 2 Stunden von hier.“ — „Ja ja, ich bleibe hier. Geben Sie mir bitte etwas Warmes zu trinken; ich bin ganz.“ — „Kerl, Sie sind wohl doll! Denken Sie, hier ist eine Kuchentekneipe? Was? Jetzt machen Sie doch keine Sperenzens, sonst.“ — „Und damit stand der Vorgesetzte auf und ging aus. W. zu der erhob sich ebenfalls, merklich schnell und sprunghaft: „Was, Sie wollen mich rauswerfen? Bei diesem Wetter? Dienen wir nicht alle einer Sache? Sind wir nicht alle Soldaten, sollen wir nicht alle einander beistehen?“ — „Halten Sie hier keine Volksrede! Raus, sage ich Ihnen!“, schrie der andere, offenbar animiert, laut.

„Ich gebe Ihnen nochmal den dienstlichen Befehl —“ — Weiter kam er aber nicht. — W. hatte seine durchnäßte Bekleidung, die er bisher an der Seite trug, inzwischen abgedrückt; mit einem

## Der Zentrumsparteitag.

Die soeben beendete Tagung der Zentrumsparlei hat als Hauptergebnis einen einstimmigen Vertrauensvotum für die Politik der Reichstagsfraktion und namentlich des Reichskanzlers Dr. Wirth gezeitigt. Einstimmigkeit macht immer etwas mißtrauisch, und mancher wird vielleicht fragen, ob es sich hier nicht um eine bloße Demonstration nach Art der Katholikentage gehandelt habe. Dennoch ist diese Frage zu verneinen. Gewiß dürfte die Stimmung im Zentrum für Dr. Wirth nicht ganz so einheitlich sein, wie es durch die Abstimmung nach außen hin den Anschein hatte. Wenn aber die Opposition des industriellen und agrarischen Zentrumsflügels sich schließlich dazu bequeme, der Vertrauensresolution für Wirth zuzustimmen, so ist dies wahrscheinlich nicht nur auf kleine redaktionelle Konzessionen zurückzuführen, sondern auf ein Gefühl der Schwäche. Es kommt oft vor, daß eine Opposition es vorzieht, gar nicht erst in die Erscheinung zu treten, als durch eine Kraftprobe ihre geringe Stärke zu enthüllen.

Dem der brausende Beifall, mit dem der Parteitag zu wiederholten Malen dem Reichskanzler, namentlich am Schlusse seiner Rede huldigte, war bei der großen Mehrheit der Versammelten sicher echt. Sie ist nicht nur aus fühlenden Verstandesgründen, sondern aus wirklicher Wärme des Herzens mit Dr. Wirth gegangen. Viel dürfte auch dazu beigetragen haben, daß der Führer des Zentrums, Herr Fehrenbach, sich mit Energie gegen die Treibereien der Rechten und besonders heftig gegen die außenpolitische Unzuverlässigkeit der Volksparteier und Demokraten wandte, was um so beachtenswerter ist, als Fehrenbach dem einzigen rein bürgerlichen Kabinett der Republik den Namen gegeben hat, in dem neben dem Zentrum nur Volksparteier und Demokraten saßen. Selbst der Führer des rechten Zentrumsflügels, Herr Dr. Marx — er verwahrte sich allerdings gegen diese Bezeichnung — wurde durch die Ungeschicklichkeit der Gegner zu einem starken Vertrauensvotum für Wirth gerabegut provoziert.

So ist denn als wichtigstes Resultat des Parteitages eine Festigung der Stellung des Reichskanzlers in seiner eigenen Partei zu verzeichnen und damit eine starke Garantie für die Fortführung der Außenpolitik der Erfüllung, die auch von der Sozialdemokratie gutgeheißen und unterstützt wird. In seiner Rede hat es Dr. Wirth verstanden, diese Außenpolitik noch einmal sehr eindringlich zu begründen. Es ist freilich in dieser Rede auch scharf zum Ausdruck gekommen, was die Weltanschauung des Reichskanzlers von der unsrigen unterscheidet. An einer Stelle malte Dr. Wirth sogar deutlich die Möglichkeit eines künftigen Kulturkampfes zwischen dem Zentrum und der Linken an die Wand. Einen Kulturkampf nach der Art Bismarcks mit Unterdrückungszielen wird die Sozialdemokratie allerdings niemals führen, unser Kampf gilt der unbeschränkten geistigen Freiheit für jedermann. Wie das Zentrum diese besonders für die Katholiken in Anspruch nimmt, so verlangen wir restlose Gleichberechtigung für die Bevölkerungsteile, die sich nicht unter kirchliche Bevormundung stellen lassen wollen.

In der Steuerfrage hat der Reichskanzler die Hoffnung ausgesprochen, daß ein „anständiges Kompromiß“ zustande kommen werde. Die Sozialdemokratie wird unter einem anständigen Kompromiß nur ein Resultat verstehen, das die Besitzenden und namentlich die Besitzer der Sachwerte in ausreichendem Maße zu den Lasten des Reiches heranzieht.

Am Schluß seiner Rede hat Herr Dr. Wirth ein Bekenntnis abgelegt, das hier gern noch einmal hervorgehoben werden soll. Er bekannte sein Christentum als die große Liebe, die nicht nur das eigene Volk in sich begreift, sondern auch im Dienste der Menschheit allen, die Menschenanliegen tragen, etwas Gutes tun will. Diese Formulierung erinnert an ein bekanntes Wort Fichtes. Sie deckt sich zwar nicht mit der Grundanschauung der Sozialdemokratie, aber die Betonung des Menschheitszieles läßt auch in uns eine ver-

Schwung schleuderte er sie plötzlich auf den Tisch, zwischen die Bowle und die Gläser, alles mit Getöse, Gellär und Gesprische heruntergerend. Fluchend sprang er nun auf; mit höchstem Unwillen natürlich hatte die Tafelrunde bis jetzt die Szene zwischen „Kamerad“ und diesem „Kerl“ da mitangehört, aber jetzt — „Ist der Mensch verrückt?“ — „Verrückt? Ich verrückt? Spitzbuben seid ihr! Hallunken! Ganz große Hallunken!“ Da erschienen zwei Feldgrauen im Tür Rahmen, die nahmen ihn bei den Armen und führten, nein: rissen ihn hinaus. „Einsperren den Kerl! Einsperren!“ hörte er bloß noch.

Und er wurde eingesperrt, so wie er stand. In einem dunklen Mistloch von Stall hatte er Gelegenheit, über seine „Infubordination“ nachzudenken, natürlich ohne das „Barme“, um das er gebeten hatte. Und all das nach diesem furchtbaren, zehnstündigen Marsch, und all das, weil er pünktlich an Ort und Stelle sein wollte.

Was dann geschah? W. blieb zunächst einige Tage in seinem „Gewahrsam“. Dann wurde gegen ihn „verhandelt“. Leutnant v. B., alter Adel, der den Austritt mit ihm gehobt hatte, sah mit im Bericht. Er plädierte allen Ernstes für Todesstrafe, wegen „offener Widerständigkeit vor dem Feinde“.

„Gehen Sie nicht“, meine Herren, unterbrach sich hier der Erzähler, „es ist wirklich wahr! Es ist kein Witz. Ich war bei der Verhandlung selbst zugegen, daher weiß ich von der ganzen Sache. Und das Gericht schloß sich den Ausführungen des Leutnants v. B. und seinem vorgeschlagenen Urteil an; W. sei gefährlicher Aufwiegler, solche Leute müßten unfehlbar gemacht werden; deswegen sei rücksichtsloseste Bestrafung am Platze usw.“

Ausgeführt wurde das Urteil nicht. Gegen W. ist noch einmal an anderer Stelle verhandelt worden; hier hatte man merkwürdigerweise doch wohl mehr Verständnis für das „Kameradschaftsgefühl“ zwischen Offizier und Mann, wie der Leutnant v. B. es geäußert hatte. — W. erhielt eine kurze Freiheitsstrafe. Ich traf ihn bald darauf zufällig bei einem anderen Regiment.

Dies die Erzählung. Einer der Zuhörer bemerkte dazu: „Haben Sie auf etwas geachtet? Die Offiziere sahen 2 Stunden weit hinter der Front, als W. sie antraf.“

Am 18. Januar. In der Erinnerung an den 18. Januar 1871 stimmt die nationalsozialistische Presse Jubelhymnen an. Demgegenüber lohnt vielleicht eine Erinnerung an das, was damals — im Jahre 1871 — ein lauthellender und karschender Mann, bellerbe kein Sozialdemokrat, sondern der bayerische Legationsrat Alexander v. Willers geschrieben hat (veröffentlicht in dem „Briefe eines Unbekannten“). Willers notierte in jener Zeit: „Wohin uns alle preußischer Ehrgeiz führen möße, brauchen wir nicht mehr zu ermöden, wir stehen schon mitten darin. Welcher Fehler, bei Sedan nicht zu enden! Der Hochmut, dem Geaner den Fuß auf den Nacken setzen zu wollen, schlägt den Hochmütigen zuletzt immer in den eigenen Nacken. In ähnlichen Betrachtungen im eigenen Lande wird es nicht fehlen, und was Ludwig XIV. für Frankreich wurde, kann Wilhelm I. für Deutschland werden: der unfreiwillige Vater der Republik.“

wandte Seite anfangen. Mit einer solchen Weltanschauung, die ein Abgrund von dem Kanonenchristentum der Alldeutschen trennt, können wir außenpolitisch ein Stück Weges zusammengehen.

## Pöhner!

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im bayerischen Landtag machte gestern der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion die auffechterregende Mitteilung, daß der verabschiedete Polizeipräsident Pöhner im Juli v. J. dem Direktor der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft Regensburg einen geheimen Munitionstransport nach Ungarn zugemutet habe, Pöhner habe in München mit dem Direktor verhandelt. Als dieser aber amtliche Vollmachten von Pöhner verlangte, suchte sich der Polizeipräsident mit leeren Ausflüchten zu retten. Nach ergebnislosen Verhandlungen habe ein Oberamtmann der Münchener Polizeidirektion neuerdings den Direktor zu bewegen versucht, sich aber unter falschem Namen vorgestellt. Das Ansuchen wurde abgelehnt. Trotzdem wurde die Munition nach Regensburg geschickt. Gelegentlich eine Brandes wurde die Munition von den Angestellten der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in einem Hause an der Donau festgestellt, und nur ein glücklicher Zufall verhinderte eine schwere Explosion. Kurz darauf verschwand die Munition spurlos.

München, 18. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Münchener Staatsanwaltschaft hat gegen einen Oberleutnant Wilhelm Heintz und gegen den Studenten Max Uebelstein einen Steckbrief erlassen. Diese waren nach dem politischen Mord an Schweichardt nach München geflohen, was der Münchener Staatsanwaltschaft anscheinend erst jetzt bekannt geworden ist, obwohl sie über deren Anwesenheit durch die sozialistische Presse orientiert war. Schweichardt war nach den Mitteilungen der sozialistischen Presse nicht nur an dem Mord im Forstrieder Park, sondern auch an dem Mord an Gareis und der Dobner-Bräuer-Affäre beteiligt.

Die „Münchener Morgenpost“ macht heute eingehende Angaben über ein Versteck politisch gesuchter Persönlichkeiten am Starnberger See. Die „Münchener Post“ wirft die Frage auf: „Wer begünstigt die flüchtigen Begünstigter?“

## Die gekränkten Nationalsozialisten.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem ihre Hauptpläne und Versammlungsterritorien, wie wir berichteten, längst zu Gefängnisstrafen wegen Landfriedensbruch verurteilt worden sind, protestieren die Nationalsozialisten in einem Massenflugblatt gegen den „Justizbolshewismus in Bayern“. Die Herren sind eben überzeugt, daß nach bestehendem Gewohnheitsrecht rechtsstehende Mörder, Terroristen, Schimpfapostel usw. nicht bestraft werden dürfen.

## Der „unreife“ Toller.

München, 18. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Gestern kam im bayerischen Landtag ein Antrag Ritsch, betreffend Strafvolzug an den politischen Gefangenen in Niederschönenfeld zur Verhandlung. Die Behandlungsmethode der Affäre Niederschönenfeld durch die bayerische Beamenschaft wird durch folgende Sätze am besten klar: Ein Beamter erklärte, daß Niederschönenfeld eher das ideale Gefängnis aus der „Fiebermaus“ zu sein scheint; denn es habe ein dreitägiges Karnevalsvergügen stattgefunden. Den Vorwurf, daß die Gefangenen aufseher grundsätzlich die Unwahrheit sprächen, beantwortete ein Regierungsvertreter mit der Feststellung, daß der größte Teil dieser Beamten mit dem Eisernen Kreuz I. Kl. ausgezeichnet und dadurch über derartige Anwürfe erhaben sei! Ein weiterer Beamter trat den Telegrammen und Briefen, in denen die Freilassung Tollers gefordert werde, mit folgenden Feststellungen entgegen: Toller sei ein unreifer, verworrener unwarhafter und anmaßender Mensch. Nach ärztlichen Gutachten müsse er als hysterischer und Neurotiker bezeichnet werden. — Auch ein bayerischer Ministerialrat blamiert sich nur so gut wie er kann!

Der Medizin-Komiker. Der frühere Varieté-Komiker Otto Schlesinger fühlte sich befähigt, die leidenden Mitmenschen psychotherapeutisch zu beeinflussen. Seiner Gemüthsart war es möglich, den Stadtrat von Blankenburg a. H. für seine Bestrebungen zu gewinnen, eine Hochschule für Psychotherapie sollte gegründet werden, und vom Braunschweiger Ministerium für Volksbildung wurde dem Herrn Schlesinger der Titel „Professor für Psychotherapie“ zugebilligt. Das Geschäft kam in Schwung. Aber das Bestreben, Geld zu verdienen, trat wohl gar zu sehr hervor. So wurden dem geisteskranken Sohn eines Paders für vierjährige erfolglose Behandlung 2200 M. Unkosten verursacht. Das Braunschweiger Gesamtministerium scheint nun doch seine Ansicht über die Eignung des Herrn Schlesinger zum Volksbildner und Psychotherapeuten etwas geändert zu haben, es entzog ihm den Professorentitel wiederum.

Theaterorgeln überall. Der Vorschlag des Mannheimer National-Theaters für 1922/23 schließt mit einem Zuschußbedürfnis von sieben Millionen Mark ab. Der Stadtrat beschließt sich ernsthaft mit der Frage, ob das National-Theater überhaupt oder in der bisherigen Weise weitergeführt werden soll, will aber mit der Entscheidung warten, bis sich die Lage des Gemeindehaushalts übersehen läßt. — Organisation des Publikums nach dem Beispiel der Volkshäuser ist der einzige Weg, der aus den heutigen Theaterkrisen herausführt.

Alkoholfreies Abendmahl. Folgende Geschichte wird aus Südafrika in einem englischen Blatt erzählt. Ein Mann besuchte einen Freund, der Geistlicher in einer Kafferngemeinde im Innern des Landes war. Er nahm am Gottesdienst teil und erstreckte sich an der eisigen Art, mit der die Kaffern die Kirchenlieder sangen. Zum Schluß aber sagte er: „Das einzige, was mir aufgefallen ist, ist der merkwürdige Geschmack des Weins beim Abendmahl. Ihr müßt ihn wohl in Ziegenellen aufbewahren, wie die alten Griechen, denn er schmeckt so ähnlich.“ „Es war überhaupt kein Wein“, erklärte ihm daraufhin der Geistliche, „sondern Ziegenmilch.“ Und auf den verwunderten Blick des Freundes fuhr er fort: „Als ich Ihnen zuerst das Abendmahl mit Wein gab, da nahm mir ein Neger den Kelch aus der Hand und trank ihn ganz aus. Das nächste Mal hielt ich ihn fest, aber da biß einer mich in den Deumen, so daß ich den Kelch loslassen mußte. Seitdem vermenge ich Ziegenmilch, und da trinken sie nur wenig.“

Waldemar von Seidlitz, der langjährig Leiter der Dresdener staatlichen Kunstsammlungen und bekannte Kunsthistoriker, ist gestern im Alter von 72 Jahren gestorben.

Das Rüsther-Vocher verankelt unter Mitwirkung der Durchhardt'schen Oberbergräber unter Leitung von Dr. R. Durchhardt am Montag, den 22. 7. 11, Uhr, Brauerer Friedhof, die „Schöpfung“ von J. Dandl.

Arthur Ritsch ist an Grippe erkrankt und kann das nächste Volkskommunistische Konzert nicht dirigieren. In seiner Stelle wird am 23. Januar des 5. Volkskommunistische Konzert Max Fiedler leiten. Desentliche Probe am 22. Januar.

Die mündliche Prüfung fällt. Das schärfste Kultusministerium hat angeordnet, daß von Ostern 1922 ab mündliche Prüfungen an den höheren Schulen nicht mehr abgehalten werden.



## Deutscher Industrie- und Handelstag.

Heute trat die Vertretung der deutschen Handelskammern zu der 42. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages zusammen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Birtz sprach namens der Reichsregierung. Er führte unter anderem aus: Es war ein weiter Weg von London bis Cannes. Mit Geduld und immer wieder mit Geduld sind wir bis Cannes gekommen und auch hier ist noch einmal ein unliebsamer Aufenthalt eingetreten. Die Konferenz von Genua bedeutet den ersten Versuch, nach der großen Weltkrisis mit der deutschen Nation als gleichberechtigtem Faktor am Konferenztisch zu verhandeln. Wenn man uns wieder nur hingerufen hätte, damit wir, um einen Ausdruck meiner Heimat zu gebrauchen, am Rande sitzen und auf gelegentliche Fragen Auskunft geben, dann würde die Konferenz hinfällig sein. Rein, zum ersten Male wird Deutschland als gleichberechtigter Faktor eingeladen und das ist ein Fortschritt.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten ergriff das Wort der preussische Handelsminister Genosse Siering, der in längerer Ausführungen zunächst darlegte, daß nach Festlegung der Ziele der Handelskammern über die paritätische Zusammenfassung derselben wohl eine Verständigung sich erzielen ließe. Er besprach dann die wirtschaftliche Lage Deutschlands und betonte, daß die Revision des Versailler Friedensvertrages immer dringlicher werde. Besonders warm begrüßte er die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland.

## Deutschösterreich und Tschechoslowakei.

Wien, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsvertrag von Lana wird morgen im Nationalrat eingebracht und rasch erledigt werden. Die Einzelverhandlungen über den bei der Prager Konferenz zugesagten tschechoslowakischen Kredit für Deutschösterreich werden demnächst aufgenommen; die Prager Regierung hat ihre Unterhändler bereits bezeugt und der Regierung Deutschösterreichs die Bestimmung des Zeitpunktes überlassen.

## Schutzfarbe!

Der Prozeß gegen den ehemaligen Landrat des Kreises Rosenberg, Herrn v. Beren, über den hier berichtet wurde, hat ein erschütterndes Bild davon gegeben, mit welcher schamlosen und geschwätzigen Mitteln die reaktionäre Junkerclique des Kreises Rosenberg unter Führung Oldenburgs-Januschewski versucht hat, den von der Regierung eingesetzten Nachfolger Berens, Landrat Dr. Friedensburg, aus dem Kreis hinauszugraufen. Durch die Beweisaufnahme wurde auch der Regierungspräsident in Marienwerder, Graf Baudissin, empfindlich bloßgestellt, der die Hebe der Junkerclique begünstigt, jedenfalls den Landrat Dr. Friedensburg in keiner Weise geschützt hat. Die Überführung des Grafen Baudissin schien nach dem Ergebnis dieses Prozesses unermesslich.

Nun erfahren wir, daß der bisher ganz allgemein als stramm deutschnational bekannte Graf wenige Tage nach dem Prozeß — der Deutschen Volkspartei beigetreten ist. Es steht fast aus, als glaube Graf Baudissin, durch seine Zugehörigkeit zu einer preussischen Koalitionspartei den Folgen seiner Handlungsweise im Falle Berens und Friedensburg entrückt zu sein. Doch er dürfte sich täuschen. Die Deutsche Volkspartei hat ja oft verkündet, daß die Kammerbesetzung nicht nach Parteizugehörigkeit, sondern nach der persönlichen Tüchtigkeit erfolgen müsse. Sie wird daher gemäß den Regierungspräsidenten, der die schamlose Mißwirtschaft des reaktionären Kreisauausschusses im Kreise Rosenberg mit zu verantworten hat, nicht deswegen halten, weil er in ihrer Partei Unterschlupf gesucht hat. Oder ist's jetzt was anderes?

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der erst kürzlich von einer akuten Nierenentzündung genesen war, hat einen Rückfall erlitten, der ihn vorläufig die Wahrnehmung der Dienstgeschäfte außerhalb des Krankenzimmers nicht gestattet.

Jelands Beispiel zieht. Ein Ausschuh hat sich in Schottland gebildet, um für Schottland ein Homologengesetz zu verlangen, hat eine an die Regierung gerichtete Rundgebung veröffentlicht, in der diese aufgefordert wird, nachdem die irische Frage geordnet sei, nun auch die Rechte Schottlands auf Selbstständigkeit zu erwägen. Der Ausschuh hat Anhänger in allen Parteien und genießt in letzter Zeit besonderes Ansehen.

## Wirtschaft

### Deutschlands Getreideernte 1921.

Wie die „PPR.“ von unterrichteter Seite erfahren, beläuft sich Deutschlands Getreideernte im Jahre 1921

an Roggen und Weizen auf	9 930 647 Tonnen
Gerste	1 988 935
zusammen 11 878 642 Tonnen	

Davon sind durch das Umlageverfahren 2 500 000 Tonnen erfasst, was ein Fünftel ausmacht; eingearbunden sind außerdem bisher aus dem Umlageverfahren nur 1 800 000 Tonnen, was 72 Proz. ausmacht.

Die deutsche Erzeugung an Hafer betrug im Jahre 1921 5 004 985 Tonnen, an Kartoffeln 26 151 880 Tonnen.

Die unzureichende Stickstoffdüngung. Die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. v. Krause, Schifftan und Genossen über die unzulängliche Ausstattung von Wagen zur Stickstoffdüngung wird vom preussischen Handelsminister wie folgt beantwortet: Der Preussische Staatsregierung ist bekannt, daß die Eisenbahnverwaltung sich der Wichtigkeit einer rechtzeitigen Zufuhr der künstlichen Düngemittel zu den Verbrauchergebieten zwecks Erzielung einer guten Ernte im nächsten Jahre wohl bewußt ist und deshalb auch die Wagenstellung für diese Güter soweit als irgend möglich bevorzugt hat. Allerdings mußten in den Herbstmonaten in erster Linie die Ernterzeugnisse abgefahren werden, insbesondere die Kartoffeln, um die Versorgung der Bevölkerung vor dem Eintritt des Frostes zu sichern. Außerdem stellte die überaus starke Einfluß von Ueberseegetreide und Futtermitteln für den deutschen Bedarf außerordentliche Anforderungen an den Wagenpark. Es war beabsichtigt, nach dem Abtransport der Kartoffeln die Düngemittel ganz besonders zu bevorzugen. Indes hatte die ungünstige Witterung — starker Frost und Nebel — im November so außerordentliche Schwierigkeiten und damit Verzögerungen des Wagenumlaufs zur Folge, daß es nicht gelang, den Düngemittelbedarf wesentlich zu steigern. Diese Schwierigkeiten sind auch jetzt noch nicht behoben, haben vielmehr durch den Eisenbahnverkehr neuerdings wieder eine Verschärfung erfahren. Die Preussische Staatsregierung hat aus der vorliegenden Anfrage aber Anlaß genommen, den Herrn Reichsverkehrsminister zu ersuchen, mit allen Mitteln auf eine möglichst ausreichende Wagenstellung für die stickstoffhaltigen Düngemittel Bedacht zu nehmen.

Große Landwirtschaftliche Woche 1922. Die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft veranstaltete Große Landwirtschaftliche Woche findet in diesem Jahre vom 13. bis 18. Februar statt. Es werden neben einer großen Reihe von Ausstellungen 15 öffentliche Versammlungen abgehalten, die sich mit den wichtigsten Problemen der landwirtschaftlichen Betriebsführung, der Bodenbearbeitung, des Obstbaues und der Tierzucht befassen werden.

## Schneehöhe bis zu zwei Meter.

Nicht nur bei uns im norddeutschen Flachland hat's geschneit, auch im Gebirge — und da erst recht — hat Frau Holle ihren Segen ausgeschüttet.

Die Rhön meldet eine Schneehöhe von 20 Zentimeter, Ober-Schreiberhau hat eine Schneehöhe von 40 Zentimeter, Braunlage im Harz eine solche von 45 Zentimeter. Einen Meter hoch liegt er in Oberhof in Thüringen, 150 Zentimeter bei der Neuen Schleißenbaude, und gar bis zu zwei Meter Höhe bei der Schneegrubenbaude, die im Riesengebirge 1490 Meter über Meereshöhe liegt.

Man stelle sich für Berlin einen Schneefall vor, der eine Schneehöhe von zwei Meter Mächtigkeit brächte. Das wäre für die Riesenstadt der weiße Tod, das Ende in Kälte und Finsternis. Vor diesem graußigen Gedankel schüttet uns nur unsere geringe Höhenlage, 30 Meter über dem Meeresspiegel.

Se höher der Schnee im Gebirge, desto lustiger das Sporttreiben. Wer es nicht kennt, der kann sich die frische freie Luftigkeit dieses Sportes gar nicht vorstellen. Wer es aber jemals mitgemacht hat, der wird, durch Pflicht, Amt und Arbeit in Berlin festgehalten, einen schmerzlich-sehnsüchtigen Seufzer nicht unterdrücken können.

Die ganz Schönen sind aber jene, die sich ihren Urlaub geleistet haben — die eine Hälfte im Sommer, die andre im Winter — oder die sich gar den ganzen Urlaub für den Winter aufgespart haben. Diese klugen Leute sind jetzt längst in Wahrheit über alle Berge und wenn sie sehr gnädig und feilschig sind, dann schiden sie uns eine Ansichtskarte und schreiben harmlos drauf: „Ihr könnt Euch gar keinen Begriff machen, wie herrlich es hier ist.“ So bleibt uns denn, Reid im Herzen, nichts übrig als der Berliner Gebirgslehre: Kreuzberg, Nitzberg, Müggelberge. Dort hat der Schnee immerhin eine Stärke von 50 Millimeter.

## Der Betrieb der Nord-Südbahn.

### Die Einheitswagenklasse.

Die Verhandlungen über die Fortführung des Baues der Nord-Südbahn durch eine Aktiengesellschaft und die Durchführung des Betriebes auf der Stammstrecke sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß nach langwierigen Verhandlungen nunmehr ein Vertragsentwurf fertiggestellt worden ist, der demnächst der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zugehen wird. Nach diesem Vertragsentwurf werden der Stadt Berlin zwei Eise im Ausschussrat der Hochbahngesellschaft, die den Betrieb der Nord-Südbahn führen wird, gewährt, durch die ein enges Zusammengehen zwischen der Hochbahn und der Stadt Berlin in bezug auf wichtige Verkehrsfragen gesichert wird.

Zur Führung des Betriebes hat die Hochbahngesellschaft zunächst sechzig Wagen für den Betrieb der Nord-Südbahn bereitstellen, und zwar, da mit der Fertigstellung der Stammstrecke Seestrasse-Halleische Tor zum Spätsommer gerechnet wird, müssen diese Wagen zur Betriebseröffnung im Spätherbst (Oktober/November) bereitstehen. Von Anfang an werden die Wagen der Nord-Südbahn eine Einheitsklasse aufweisen, die bisherigen Wagen der Hochbahn werden entsprechend hergerichtet. Wie wir hören, ist es noch erforderlich, diese teilweise herzunehmenden Wagen für den Betrieb der Nord-Südbahn einem kleinen Umbau zu unterziehen: Zum Unterschied von der Hochbahn, bei der die Stromabnehmer von oben auf der dritten Schiene (Stromschiene) entlanglaufen, werden bei der Nord-Südbahn zur Vermeidung von Gefahren für die Reisenden, zur Verhütung von Betriebsunfällen und zur Erhöhung der Betriebssicherheit die Stromabnehmer an die Unterseite der aufhängenden Stromschiene gepreßt, so daß es möglich ist, die stromführenden Teile von oben und an den Seiten mit Holz zu verkleiden. Dieser Umbau muß an den Wagen der Hochbahn, die für den Betrieb der Nord-Südbahn bestimmt sind, noch vorgenommen werden. Im übrigen ist die Arbeit an den Plänen für den neuen Schnellbahnwagentyp, der in Zukunft bei der Nord-Südbahn Verwendung finden soll, so weit vorgeschritten, daß voraussichtlich schon zum Frühjahr ein Bauwagen für die Nord-Südbahn probeweise fertiggestellt sein wird.

## Zum Altkraut in Sachen Franz.

Die Ermittlungen in der Angelegenheit der auf geheimnisvolle Weise gestrichenen Straßanten des Ingenieurs Emold Franz, über die wir bereits berichteten, hat Staatsanwalt Dr. Steindorfer in die Hand genommen. Es konnte festgestellt werden, daß am 9. Januar d. J. ein etwa 30 Jahre alter Herr in den Bureauräumen der Staatsanwaltschaft I erschienen war, sich als Dr. jur. Karl Friedrich und als Vertreter des Franz vorstellte und um Einlaß in die Akten Franz bat. Das wurde ihm auch gewährt. Er gab dann die Akten zurück, aber am andern Tag waren sie verschwunden. Dieser angebliche Dr. Friedrich war aber Jener Kaufmann Gerhard Senger, der, als er dem Franz die Regionalakten abgab, festgenommen wurde. Senger gestand zwar keine Verkaufsabläufe, behauptete aber, nur als Vermittler tätig gewesen zu sein. Mit dem Einbruch im Gerichtsgebäude habe er nichts zu tun. Im Laufe des heutigen Tages wurden vom Staatsanwalt Dr. Steindorfer mehrere Beamte der Staatsanwaltschaft und andere Neuzugler über die geheimnisvolle Angelegenheit vernommen, wobei sich ergab, daß die im Gerichtsgebäude der Staatsanwaltschaft beschäftigten Beamten mit dem Altkraut nicht in Verbindung stehen.

## Käuferruhe.

Der gelegentliche Besucher der Zentralmarkthalle sieht heute verwundert den Stillstand des Treibens, das dem Wilde, das er sich von diesem Zentralpunkt des Berliner Lebensmittelhandels gemacht hat, so wenig entspricht. Es wird nicht gekauft. Die Fleischstände lassen das am besten erkennen. Einigen Andrang kann man nur bei den Wurstständen verzeichnen. Hier haben die Verkäufer genügend zu tun.

Bei den Fischen ist das Geschäft sehr ruhig, da die Preise zu hoch sind. Die Zufuhr ist knapp und die Händler führen das auf den in der Waierkante herrschenden Kohlenmangel zurück. Auch bei den Gemüsen ist das Geschäft schleppend. Die Hausfrau kann heute für einen Blumentaukopf nicht, wie es gefordert wird, 8 bis 12 M. ausgeben, und sie zuckt höchstens die Achseln, wenn sie die Händler beteuern hört, daß der hohe Preis auf die Frachtspeisen zurückzuführen sei. Das Klagenlied der Händler spricht auch von dem täglichen Verlust (Absatz der Blätter), da die Ware nicht immer gleich verkauft wird. Mit diesen Gründen wird die Verteuerung der Landesprodukte motiviert, ob sie genügen, soll hier nicht unterjucht werden.

Das rechte Leben kann unter diesen Umständen nicht mehr aufkommen. Mit Margarine sind die Verkaufstische überladen, aber auch hier ist, soweit es sich übersehen läßt, die Nachfrage nur schwach. Naturbutter scheint erst recht aus, da der Preis (44—47 M. des Pfund) nicht für jeden angebracht ist.

## Liebestod durch Gift.

Eine Liebestragödie wird aus der Rurfarckenstraße gemeldet. Dort stieg in einem Pensionat ein 34 Jahre alter Ernesto Tischauer, der in der Großen Frankfurter Straße 44 bei seiner Mutter wohnte, mit einer 17jährigen Maria Schmidt aus der Liebfuhrstraße 57 ab. Als die Götze bis gestern abend den ganzen Tag über nichts von sich hören ließen, kloppte der Pensionatshaber an, und vernahm nur ein schwaches Köchen. Er ließ einen Arzt

rufen und die Tür durch einen Schlosser öffnen. Man fand das Paar regungslos am Boden liegen. Der Arzt konnte bei dem Manne nur noch den Tod feststellen. Das Mädchen, das noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Beide hoben anscheinend Gift genommen, aus welchem Grunde, ist noch nicht bekannt. Die Leiche Tischauers wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. — Vergiftet hat sich auch ein 26 Jahre alter Schauspieler Ernst Dohle aus der Augsburger Straße 33, der bei einem Bekannten in der Philippstraße 13 übernachtete. Heute früh wurde der Gast tot aufgefunden. Vermutlich hat er sich vergiftet. Dohle hatte bereits am Mittwoch voriger Woche einen Selbstmordversuch gemacht.

## Fest Schnee! Streut Asche!

Für die Schwereitsbeschädigten, besonders für die Beinamputierten und Blinden, ist das Laufen bei Schnee und Glätte außerordentlich anstrengend und lebensgefährlich. Der Stod, auf den sich diese Opfer des Weltkrieges sonst stützen, bietet ihnen trotz des Stummipuffers keinen Halt. Nur mit größter Vorsicht und Ausbuchtung ihrer letzten Kräfte können sie sich vorwärts bewegen, befürchtend, in jedem Augenblick hinzustürzen und zu verunglücken.

Aus diesem Grunde wird an alle Hausbesitzer, Verwalter und Pförtner die Bitte gerichtet, die Bürgersteige sorgfältig von Schnee zu reinigen und Asche zu streuen.

## Erhöhung der Zeugen- und Sachverständigengebühren.

Auf einen vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an das Reichsjustizministerium gerichteten Antrag teilt der Herr Reichsjustizminister mit, daß zurzeit im Reichsrat ein Gesetzentwurf vorliegt, der eine wesentliche Erhöhung der geltenden Gebührensätze vorsieht und voraussichtlich binnem kurzen dem Reichstag zugehen wird.

## „Soziale Forderungen zur Sexualreform“

Hieß das Thema, über das Dr. Krüger im Auftrage der „Gesellschaft für Sexualreform“ und des „Bundes für Müttererschutz“ in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums sprach. Der Redner mußte im letzten Augenblick für die vorgeordnete Referentin (die an der Grippe erkrankte) Dr. Elisabeth Lüders den Vortragsinhalt übernehmen. Der Vortragende ging in seinen inhaltreichen Betrachtungen vom grundsätzlichen Standpunkt aus und betonte, daß gerade auf dem Gebiet der Sexualreform die Mitwirkung der Frau unbedingt erforderlich ist. In der Entwicklung der Wirtschaftssysteme sehen wir jetzt überall die Idee der Gemeinwirtschaft aufsteigen, die Sexualreform aber wird erst kommen auf Grund der Einsicht neuerer Gesellschafts- und Naturwissenschaft. In der Denkform der Menschheit wurde die Anthropologie von der Religion und diese von der Wissenschaft abgelöst. Wir stehen an einer ungeheuren Wende des Zeitgeistes. Die Sexualreform ist nicht eine Angelegenheit absoluter Ideale, ist nicht Teilprobleme, sondern soziales Gesellschaftsproblem. Zuerst müssen die wirtschaftliche Not und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau grundlegend beseitigt werden. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist noch nicht durchgeführt. Die Monogamie, von Staat und Kirche ausgeht, hat die Befreiung der Frau nicht gebracht. Heute bleiben 60 Proz. der Frauen ehelos. Da müssen Forderungen einer Mütterrente für Frau und Kind erhoben werden und ein staatliches Existenzminimum mühe jedem Menschen, jedem Arbeitenden, jedem Kranken und Alten zurkannt werden. Die Rückständigkeit der Frau ist sehr zu beklagen, denn die Sexualreform ist ein Umling ohne die politische Reife der Frau. Keistens ist heute die Frau lieber verlorne Dienerin als freie Kämpferin. Der Redner führte sodann die Verbesserungen im Gesundheitswesen an, die teilweise Reform des Hebammenwesens, die Unterstützung von stillenden Müttern, die Wochenhilfe, die Anfänge der Wohnungsreform und des Schutzes der Unehelichen. Die Diskussionsredner unterstrichen die Ausführungen des Hauptredners und brachten erschlatternde Wirklichkeitsbilder, die lebhaft für eine Menschenökonomie und die Sexualreform sprachen.

Gerichte Milchverköllung. Bis zur ersten Januarwoche wies der Butterpreis eine fallende Tendenz auf. Hierdurch hatte sich die Milchzufuhr nach Berlin in einem Maße gesteigert, daß die bisherige Emulsionsmilchherstellung auf einen geringen Teil ihrer Menge herabgesetzt werden konnte. Der Milchpreis für freie Vollmilch und Emulsionsmilch kann daher bis auf weiteres von 6,20 M. auf 6 M. gesenkt werden.

Reinigung proletarischer Kinderfreunde. Der Aufsatz der Genossin Ariele Winkelmann in Reutlingen, Gemeindefürsorge für Kinder, zur Kindergruppenreinerziehung ist von dieser Woche ab von Mittwoch auf Freitag, abends 6 Uhr, verlegt worden.

Vollbildungsarbeit im 20. Bezirk. Der Bezirk hat in Reichenbach, Regel, Teeloh, Hermsdorf, Rosenthal, Waldmannslust, Wittenau, Weißensee, Seehausen insgesamt 10 Volkshäuser, deren Benutzung der Bevölkerung anzuverleihen ist. — In sämtlichen Volkshäusern finden statt: 4 Theateraufführungen (von Mitgliedern des Stadttheaters), 7 Kammermusikabende, 4 Volkstheaterabende, 4 Unterhaltungsspiele, 1 Musikabend. — Erwerbslose haben zu allen Veranstaltungen gegen Vorlegung ihrer Stempelparte freien Zutritt. Näheres geht aus den Anschlägen hervor. Anstufte erteilt das Volkshausamt.

Wieder ein Ableserungsdampfer fertiggestellt. Der bei Blohm u. Hoff in Hamburg auf Grund des Ableserungsvertrages für die White Star Line fertiggestellte Dampfer „Homeric“ (Ex-Lombard) hat seine Probefahrt glänzend bestanden. Der 35 000 Tonnen große Doppelschraubendampfer hat über 21 Meilen Fahrt gemacht und damit mehr geleistet als in der Bauvorschrift vorgesehen war.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen, südlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

36. Abt. Die Funktionärskonferenz findet am Donnerstag nicht bei Grünau, Stadt-Tempelstr. 30, statt, sondern bei H. Gort, Wilmersdorf, 69.

## Der Bürgermeistermord im Odenwald.

Heidelberg, den 17. Januar.

Der Schwurgerichtssaal bietet heute ein etwas anderes Bild als gestern. Auf dem Gerichtstisch sieht man eine Anzahl von Beweismitteln und Fundstücken aus dem Besitze Siefert's und auch den Ringfinger des ermordeten Bürgermeisters Busse in Spiritus und die Schädeldecke des ermordeten Bürgermeisters Werner. Bei Fortsetzung der Beweisnahme gibt Siefert zu, daß die auf dem Gerichtstisch liegende Waffe die von ihm geänderte Waffe ist, die man am Tatort aufgefunden hat. Er habe gründer geteignet, daß dies keine Laffe, und zwar nur deshalb, weil er sich nicht in Nordverdracht bringen wollte. Mehrere Zeugen, die mit Siefert zusammen gehandelt hatten, stellten ihm ein im allgemeinen gutes Zeugnis aus. Bemerkenswert ist die Aussage des Bruders des Angeklagten, des Bildhauers Johann Siefert aus Offen, der aussagt, daß sein Bruder am 27. oder 28. April die Waffe aus Offen mit sich genommen habe. — In der Verhandlung wegen verführten Raubmordes an den Ingenieur Rink aus Weinheim erklärt der Angeklagte: „Ich kann nicht viel darüber sagen, weil ich die Sache nur in den Zeitungen gelesen habe, und daher nur das weiß, was diese hierüber mitteilten. Der Täter bin ich nicht.“ Es folgt die Aussage des 32 Jahre alten Ingenieurs Rink aus Weinheim.



# Neue Streitgefahr im Eisenbahnbetrieb

## Die Berliner Eisenbahner fordern Generalstreik.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Groß-Berlin, hielt Dienstag in der Böhmbrauerei eine ungewöhnlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Bezirksleiter Knebel vom Direktionsbezirk Berlin gab ein Bild von der Lohnbewegung, wobei er auch kritische Streiklichter warf auf die Stellung, die der Allgemeine Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft einnahmen. Als er das bisher vorliegende vorläufige Resultat der Bewegung und der Verhandlungen vortrug, brach ein Sturm der Entrüstung in der lautenkläpfigen Menge los. Auch die Mitteilung, daß erst am 23. Januar die Verhandlungen wegen der Uberteuierungszuschläge beginnen sollen, rief große Erregung hervor. Zum Schluß bemerkte Redner: Wir haben vom ADGB eine Unterstützung in unserem Kampfe verlangt; der ADGB hat sie uns nicht gewährt, obwohl unser Hauptvorstand sich dafür mit aller Kraft eingesetzt hat.

Es folgte eine sehr eingehende und lebhaft diskutierte. Allgemein wurde erklärt, daß die mageren Zugeständnisse rundweg unannehmbar seien. Ein Redner regte die sofortige Einberufung einer Funktionärerversammlung an, die eventuell beschließen soll, die Forderungen durch Streik durchzusetzen.

Bernhard vom Hauptvorstand wies verschiedene Angriffe gegen den Hauptvorstand zurück und führte unter anderem aus: Weil der Streik, dieses Vorpostengefecht, geklappt hat, glaubt ein Teil der Eisenbahner, daß das Experiment bei jeder Gelegenheit wiederholt werden könne. Vor dieser Auffassung muß gewarnt werden. Jetzt in einen Streik hineinzurennen, wäre eine Dummheit und ein Unglück. Jetzt, wo wir noch mitten in den Verhandlungen stehen, würde der Beginn eines Streiks der Eisenbahner bewirken, daß gegen sie die ganze Bevölkerung aufsteht. Mit einem Eisenbahnerstreik darf nicht gespielt werden. Jetzt haben Sie keine Parole. Es werden die Uberteuierungszuschläge festgesetzt werden. Wenn festgestellt wird, daß die Privatbelegschaft mehr an Lohnbeträgen hat wie Sie, dann bekommen Sie bis zu dieser Höhe einen Uberteuierungszuschlag, und zwar ab 1. Januar.

Nach 4 1/2 stündiger Debatte nahm die Versammlung gegen wenige Stimmen folgende Resolution an:

„Die Versammlung erkennt, daß durch das Verhandeln mit der Regierung nicht das herauskommt, was wir als Arbeiter und Beamte zu fordern haben. Darum kommt sie zu dem Entschluß, daß nur der Generalstreik die einzige Antwort auf das Verhandlungsergebnis sein kann. Wir fordern die Ortsverwaltung und den Hauptvorstand auf, sofort alle diesbezüglichen Schritte zu unternehmen. Wir verpflichten uns, für die Forderungen der sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung sofort in den Kampf zu treten.“

## Streikstimmung in Sachsen.

Aus Dresden meldet der Bezirk Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes:

Aus allen Ortsgruppen unseres Bezirks erhalten wir die Nachricht, daß die Mitglieder — Beamte wie Arbeiter — die von der Regierung bewilligten Zulagen als völlig ungenügend ablehnen. Sie fordern den Verbandsvorstand auf, der Regierung gegenüber das unzureichende Ergebnis der Verhandlungen abzulehnen und, falls eine Einigung nicht möglich ist, die Arbeitsniederlegung anzuordnen.

Aus dem uns von den Ortsgruppen übermittelten Material für die Verhandlungen über die Uberteuierungszuschläge geht hervor, daß die Eisenbahnarbeiter unter Zugrundelegung ihrer neuen Löhne in der übergroßen Zahl der Orte immer noch 4 bis 5 M. an Stundenlohn weniger erhalten als die Privatbelegschaft erhalten. Biesach ist der Unterschied noch größer. Ebenso erreichen die Beamten der mittleren Besoldungsgruppen nur in sehr wenigen Fällen ein gleiches Gehalt wie die mit ihnen zu vergleichenden Privatbeamten.

Die von der Regierung zugesagten Uberteuierungszuschläge können bei der Sachlage im hiesigen Bezirke nicht ausreichende Hilfe bringen. Die Stimmung der Mitglieder im Lande ist äußerst erregt und, falls die Regierung nicht sofort die Höhe und Gehälter im allgemeinen genügend aufbessert, so ist mit der Arbeitsniederlegung zu rechnen.

## Ultimatum in Dresden?

Nach der „Roten Fahne“ haben die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes — Dresden — beschlossen, eine Mindestzulage von 3 M. pro Stunde rückwirkend vom 1. Dezember 1921 zu fordern. Sollte die Regierung bis zum 21. Januar mittags 12 Uhr keinen zusagenden Bescheid erteilt haben, so wird das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel zur Anwendung kommen. Die Gehälter der Beamten bis Gruppe IX sollen analog den Forderungen der Reichslohnempfänger erhöht werden.

## Der Sonderschrift des Beamtenbundes.

Der „Deutsche Beamtenbund“ hat — wie wir bereits meldeten — vor einigen Tagen eine Denkschrift mit neuen Forderungen an den Reichstag gerichtet. Er hat damit den Weg beschritten, den vor ihm schon der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ (Christen) gegangen ist. Die Aktion dieser beiden Organisationen, die nicht in Einklang zu bringen ist mit dem bisherigen gemeinsamen Vorgehen aller an der Neuregelung der Bezüge der Bediensteten des Reichs und der Länder interessierten Organisationen, hat die beteiligten freien Gewerkschaften zu folgender Erklärung veranlaßt:

„Durch die von dem Deutschen Beamtenbund und dem christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund dem Reichstag übermittelten

Eingaben ist die Einheitsfront der an den bisherigen Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reichs und der Länder beteiligten Spitzenverbände gesprengt worden. Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem A.G.-Bund angegeschlossen, für die Bewegung in Betracht kommenden Verbände müssen es ablehnen, sich diesem allen gewerkschaftlichen Gespinnst widerstrebenden Vorgehen anzuschließen. Das nur von agitatorischen Gesichtspunkten getragene Verhalten des Deutschen Beamtenbundes und des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes gefährdet aufs äußerste den Fortgang der mit der Reichsregierung noch schwebenden Verhandlungen über die Festsetzung der Uberteuierungszuschläge und ihre Ubertragung auf alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie der anderen noch zu regelnden Fragen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird die endgültige Stellungnahme der freien Gewerkschaften abhängen.“

Heute noch treten nach unseren Informationen die Vertreter der beteiligten Organisationen zu Verhandlungen über diesen Streitfall zusammen. Vielleicht hat der Beamtenbund noch nicht alle Töpfe zerbrochen und findet sich noch eine Möglichkeit, wenigstens bis zur Beendigung der noch schwebenden Verhandlungen mit der Regierung, eine Einheitsfront herzustellen. Im Interesse aller Arbeiter, Angestellten und Beamten liegt ein solches Verhandlungsergebnis.

## Im Kampf um den Manteltarif.

Eine vom Lohnkartell für die Gemeindebetriebe Groß-Berlins einberufene Funktionärerversammlung tagte am Dienstag im Lehrervereinshaus, um den Bericht über die mit dem Magistrat gepflogenen Verhandlungen über den neuen Manteltarif entgegenzunehmen. Der Bericht wurde von Sagadinski erstattet. Es ist bisher noch nicht möglich gewesen, den Tarif fertigzustellen. Beide Parteien haben Änderungen und Wünsche vorgebracht, aber die eine volle Einigung noch nicht erzielt werden konnte. Der Magistrat möchte den Tarif nur auf die Angestellten ausdehnen, die Vertretungen der Organisationen wollen aber auch die Arbeiter einbezogen haben. Auch der Urlaub soll nach dem Magistratsentwurf geändert werden. Die Arbeitszeit beträgt bisher täglich 8 Stunden einschließlich einer Pause von 15 Minuten. Der Magistrat will die Zeit auf 8 Stunden ausschließlich der Pause festsetzen. Für die Betriebsarbeiter in den Gaswerken gilt eine verkürzte Arbeitszeit von 6 Stunden; diese verkürzte Arbeitszeit will der Entwurf des Magistrats nur den unmittelbar vor der Feuerung stehenden Arbeitern zuerkennen.

Das bisherige Mitbestimmungsrecht erstreckt sich auf die Arbeitsverhältnisse. So hatte z. B. der Einspruch des Betriebsrats bei Kündigungen eine aufschiebende Wirkung. Hier möchte der Entwurf wesentliche Änderungen einführen.

Abteiler will der Magistrat nur den Angestellten gewähren. Ueber die Forderung, daß bestehende bessere Bedingungen bleiben sollen, sei eine Einigung noch nicht erzielt. Die Verhandlungen werden heute (Mittwoch) fortgesetzt. Redner stellt in Aussicht, daß der neue Tarif bis zum 1. Februar in befriedigender Fassung fertiggestellt sein werde. Ueber die noch strittigen Punkte dürfte eine Verständigung erzielt werden.

Rittergott wurde in der Versammlung noch, daß der Tarifvertrag für die städtischen Werke, um den zweimal gestreift wurde, vom Magistrat den Parteien noch nicht zur Unterschrift vorgelegt worden sei, was bereits große Beunruhigung unter der beteiligten Arbeitererschaft hervorgerufen habe.

Die folgende Diskussion nahm zeitweise einen sehr erregten Charakter an. Es wurde allgemein verlangt, daß die Bestimmungen des neuen Manteltarifs keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bringen dürfen. Aus den Äußerungen ging deutlich hervor, daß man andernfalls unverzüglich das letzte gewerkschaftliche Mittel zur Abwehr anwenden werde. Endlich wurde folgende von den Gasarbeitern eingebrachte Entschließung ohne Gegenstimme angenommen:

Das Lohnkartell hat den Abschluß des Manteltarifs mit aller Energie zu beschleunigen, so daß er spätestens bis zum Schluß dieses Monats erfolgt ist. Die Gasarbeiterschaft steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die ideellen und materiellen Bestimmungen und insbesondere das Mitbestimmungsrecht des alten Manteltarifs unter allen Umständen erhalten bleiben müssen. Der Tarif ist für Arbeiter und Angestellte abzuschließen.

## Verkauft Getreide und Mühlenarbeiterstreik.

Nach am 13. Januar verbreitete die B.S.-Korrespondenz folgende Nachricht:

„Für die in den Mühlen lagernden Kornvorräte hat der Streik glücklicherweise bisher keine schlimmen Folgen gehabt. Die Gefahr des Verderbens besteht deshalb nicht, weil im letzten Jahre das eingelagerte Getreide außerordentlich trocken war. Würde das Gegenteil der Fall gewesen, so würde das Fehlen sachgemäßer Behandlung die Bildung von Schimmelpilzen zur Folge haben und große Getreidemengen wären dem Verderben preisgegeben worden.“

Diese optimistische Darstellung aus den Kreisen der Mühlenbesitzer ist jetzt durch eine entgegenstehende Mitteilung abgeklärt worden, wonach auf Ersuchen der Humboldtmühle in Tegel die Technische Rothhilfe eingesetzt worden sei, um 300 Tonnen amerikanischen Weizen vor dem Verderben zu bewahren. Der Weizen sei infolge des seit drei Wochen währenden Streiks der Mühlenarbeiter, dem Mangel sachgemäßer Bearbeitung warm geworden. Die Rothhilfe habe unter polizeilichem Schutz das Umschöpfen des Kornvorrats vorgenommen. Die von der Mühle auf die Gefahr aufmerksam gemachte Streikleitung habe diese Arbeit abgelehnt.

Eine Versammlung der Streikenden der Humboldtmühle am Dienstag befaßte sich mit diesem Bericht und klärte die Sache auf. Das „warme“ gewordene Getreide liegt seit Monaten schon an der gleichen Stelle. Es macht den Verkaufsprozess

durch und auch der hindurchgehende Genotgürtel ist mit in Fäulnis übergegangen. Niemandem von der Direktion war es bis dahin eingefallen, dafür zu sorgen, daß das Getreide gewendet wurde. Vor einem Vierteljahr waren einige Arbeiter damit beauftragt worden, es zu wenden. Da jedoch zu wenig Leute im Betriebe waren, wurden diese mit anderen Arbeiten beschäftigt. Sechs Wochen vor dem Streik hat man noch Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen, trotzdem man wußte, daß das Getreide unten auf dem Boden am Verkauf und oben schon handhoch grün war.

Daß die Streikenden es ablehnten, jetzt diese Arbeit zu verrichten, ist erklärlich. Sie überlassen dies bereitwillig der Technischen Rothhilfe und werden ihr bei der etwa sechs Wochen lang währenden ungesunden Arbeit keine Schwierigkeiten bereiten. Vielleicht sieht die Technische Rothhilfe auch einmal noch den auf dem Kieselboden liegenden 300 Tonnen Roggen!

Die Streikenden weisen es ab, sich die Schuld für Schäden in die Schuhe schieben zu lassen, die nach dem sachkundigen Urteil der Mühlenarbeiter überhaupt nicht existieren, noch für solche, die längst vor dem Streik infolge ihrer „Unsicht“ entstanden sind.

Will die Reichsgetreidekasse das Reich vor noch größeren Schäden bewahren, die entstehen müssen, wenn die Mühlenbesitzer sich mit den streikenden Mühlenarbeitern nicht einigen und nicht mahlen lassen, dann muß sie das Getreide alsbald auf ihre Rechnung mahlen lassen. Auch wenn der geforderte Lohn dafür gezahlt wird, bliebe noch ein erheblicher Uberschuß für das Reich und der Nutzen für die Allgemeinheit.

## Sonntagsruhe und Landwirtschaft.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat eine Entschließung gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf dem Lande bzw. an kleinen Orten gefaßt. Durch die volle Sonntagsruhe würden besonders dem Klein- und Mittelgrundbesitz erhebliche Arbeitskräfte an Wochentagen entzogen. Bei großen Entfernungen müßte oft das einzige Weibchen zu Hilfe genommen werden, was zu großen wirtschaftlichen Schädigungen führe. Es sei ein dringendes Bedürfnis der kleinen Grundbesitzer und der Arbeitnehmer des größeren Besitzes, an Sonntagen in Verbindung mit dem Rückgang Einkäufe zu erledigen. Da jedoch das Wetter oft für die Möglichkeit des Einkaufs an einem bestimmten Tage ausschlaggebend sei, müßten unter Umständen dennoch Wochentage zu Hilfe genommen werden. Die Freigabe eines einzigen Sonntags im Monat genüge nicht. Es müsse daher der unteren Verwaltungsbehörde vorbehalten bleiben, im Falle des Bedürfnisses auch an anderen Sonn- und Festtagen die Beschäftigung von Weibchen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe zuzulassen.

Dazu sei bemerkt, daß auch die kleinen Grundbesitzer und deren Angehörige an Wochentagen so oft zur Stadt kommen, daß sie sehr wohl in der Lage sind, ihre Einkäufe dann mit zu besorgen. In der Regel besteht auch ein Botenverkehr. Fraglich ist nur, ob die Landarbeiter die Möglichkeit haben, bei vollständiger Sonntagsruhe ihre Einkäufe zu machen. Sollte hierzu ein Sonntag im Monat tatsächlich nicht genügen, dann müßte den Geschäftsinhabern in Landorten gestattet werden, sofern es tatsächlich als notwendig erachtet und sie es wünschen, Sonntags kurze Zeit offenzulassen, ohne Beschäftigung von Angestellten.

Forderungen der Schauspieler. Der Bezirksverband Berlin der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hat dem Verbande Berliner Bühnenleiter neue Gehaltsforderungen und Forderungen allgemeiner Natur überreicht. Die Schauspieler fordern als Mindestzulage vom 1. Januar d. J. ab 8000 M., eine Teuerungszulage von 70 Proz. auf alle Gagen von 2001 bis 8000 M. und auf alle höheren Gagen eine Teuerungszulage von 8500 M. Außerdem fordern sie eine Kinderzulage von 250 M. und für alle Bühnenmitglieder, die eine Monatsgage von 4500 M. beziehen, eine einmalige Wirtschaftshilfe von 2000 M.

Zur Beratung dieser Forderungen fand eine Verhandlung statt. Da nach fast dreistündiger Beratung keine Einigung erzielt werden konnte, wurde beschlossen, die paritätische Schlichtungsstelle anzurufen, die bereits an einem der nächsten Tage zusammentreten wird.

Deutscher Gewerkschaftsbund. Versammlung aller Verbände der Glieder am Donnerstag 5 Uhr im Schulthei, Brückstraße 6b.

Verantw. für den Inhalt: Leitf. Franz Kühn, Berlin-Mitte; für den Vertrieb: H. Glade, Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsort: Paul Singer u. Co., Berlin, Unter den Eichen.

## Gewinn-Ausgang

19. Deutsch.-Süd. (245. Deutsch.) Massen-Lotterie  
1. Klasse. 1. Ziehungstag. 17. Januar 1922.

Was jede gezogene Nummer sind gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die folgende Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Oben Gewinn. Nachtrag verbleibt.  
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 297 Mark gezogen:  
4 Gewinne zu 2000 M 22824 190381  
4 Gewinne zu 2000 M 100741 242318  
3 Gewinne zu 1000 M 57433  
19 Gewinne zu 500 M 6795 22312 24467 26277 114349 112398 124492  
123100 172252  
23 Gewinne zu 400 M 100209 114288 118761 141498 148828 166077  
200267 220433 228830 228802 229054

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 297 Mark gezogen:  
2 Gewinne zu 7000 M 229512  
2 Gewinne zu 4000 M 08209  
2 Gewinne zu 2000 M 122340  
2 Gewinne zu 1000 M 22472  
2 Gewinne zu 500 M 22959 20290 210419 229724  
19 Gewinne zu 200 M 2418 22425 27093 110024 145845 220290 220700 240788  
24 Gewinne zu 400 M 7543 22615 26359 109414 122905 121805 144424 154464 159028 185371 188659 237430 240340 277207 276731 28.045 282280

Die in dem vorstehenden Gewinn-Ausgang nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind an den Listen zu ersehen, die bei den amtlichen Lotterei-Einzelnern zur amtlichen Einsicht anliegen.

## Dezimalwagen



Tafelwag., Gewichte, Billigst-Preise. Gr. Lad. Georg Wagner, Cöpenicker Str. 71, kein Ladengesch.

## Alte Hüte

Kopfen und Modernisieren von Damen- und Herrenhüten. Sorgfältig und billige Ausführung. Imposante Herm. Fuchs, Berlin O 112, Tauentzienstr. 206/207.

Der deutsche Weinbrand

# EGON BRAUN AUSLESE

Weinbrennereien Hamburg

Gold- und Silber-Bruch sind bei der heutigen Valuta große Werte!

Nur das rechte Juwelengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.

Otto Köppen, Juwelier, Große Frankfurter Straße 105, 9 bis 7 Uhr. Gegründet 1825

Wo soll ich meinen Anzug machen? Wer garant. f. gut. S. u. Verarbeitg.? Max Motel, Schneiderstr. Neufuß, Ringbahnstr. 83. Tel. 909. Lieferung für höchste Staatsbedürfnisse. Viele Auszeichnungen u. Dankgeschehen.